

Der Gewerkverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften. (Eigentum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inlerate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände vom **Centralrathe der Deutschen Gewerkvereine** (Hirsch-Bünder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbands-Kassierer H. u. Hoff Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzulenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 46.

Berlin, 17. November 1905.

Stebensunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Anerkennung der Berufsvereine — Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. — Wochenplan. — Gewerksvereine-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Zur Anerkennung der Berufsvereine.

Ende dieses Monats tritt der Reichstag wieder zusammen, dessen sozialpolitischen Leistungen die deutsche Arbeiterschaft mit lebhafter Spannung entgegenzusehen. Auszugreich sind die Hoffnungen nicht, die auf ihn gesetzt werden; was über seine sozialpolitischen Aufgaben bisher in die Öffentlichkeit gelangt ist, macht den Eindruck der Dürftigkeit. Für uns Gewerksvereiner hat insbesondere eine Frage Interesse, die anscheinend jetzt endlich ihrer Regelung entgegengeht: Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Wie verlautet, hat sich der Bundesrath bereits mit einem vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Gesetzentwurf beschäftigt, welcher den Arbeiterorganisationen die gesetzliche Anerkennung mit allen Rechten und Pflichten, welche juristische Personen zu haben pflegen, erteilen soll.

Die Stellung der Deutschen Gewerkvereine zu der Angelegenheit ist bekannt. Von dem ersten Antrage auf Regelung der privatrechtlichen Stellung der Vereine, den bereits im Jahre 1869 im unmittelbaren Anschluß an die Gewährung des Koalitionsrechtes der fortschrittliche Abgeordnete Schulze-Delitzsch im Norddeutschen Reichstage stellte, kann man wohl sagen, daß er im Schooße der Deutschen Gewerkvereine entstanden ist. Der Antrag wurde abgelehnt, aber die Forderung kehrte im Jahre 1872 von Seiten der Fortschrittler wieder. Damals war es der national-liberale Abgeordnete Laßler, der alle möglichen Bedenken gegen den Antrag geltend machte. Dieser wurde einer Kommission überwiesen, aus der er nicht herausgekommen ist. Längere Zeit ruhte dann die Frage. Im Jahre 1885 wandte sich der Verband der Deutschen Gewerkvereine wiederum mit einer Petition an Bundesrath und Reichstag, die Angelegenheit im Sinne der früheren Schulze-Delitzsch'en Anträge zu erledigen. Vergeblich! Als dann 1890 die sozialpolitischen Erlasse Wilhelm's II. erschienen waren, schöpften die Freunde der Berufsvereine neue Hoffnung. Unter der Führung unseres Anwalts Dr. Max Hirsch brachten die Freisinnigen im Reichstage einen neuen Gesetzentwurf ein, für den sie die Regierung und die Reichstagsmajorität gewinnen zu können glaubten. Leider blieb es auch damals bei Kommissionsbeschläüssen, die von nun ab jedes Mal am Anfang der Session von den Freisinnigen und dem Centrum als selbstständige Anträge eingebracht worden sind.

Schon diese kurze historische Darstellung zeigt, daß die Deutschen Gewerkvereine seit ihrer Begründung den Standpunkt vertreten haben, daß die Vermögensfähigkeit der Vereine und die Fähigkeit zu Klagen und verklagt zu werden, eine Nothwendigkeit ist. Von diesem Standpunkte sind sie bis zum heutigen Tage auch nicht abgewichen, und in Wort und Schrift sind ihre Führer für die gesetzliche Anerkennung eingetreten, so wenig Entgegenkommen auch die Reichsregierung zeigte. Denn die im Bürgerlichen Gesetzbuch für die Vereine geschaffenen Bestimmungen sind von uns niemals als Regelung dieser Frage angesehen worden, wie schon die Thatfache beweist, daß von der gewährten Eintragsbefugniß in ein Vereinsregister kein Gebrauch gemacht worden

ist. Auch fast alle anderen Korporationen haben dieselbe ablehnende Stellung eingenommen.

Jetzt hat es den Anschein, als ob unsere Ausdauer endlich belohnt werden soll. Es fragt sich nur, ob der erwähnte Gesetzentwurf, der den Reichstag alsbald beschäftigen soll, den Berufsvereinen dasjenige bietet, was sie erwarten und verlangen zu können glauben. In einem Theile der Presse ist es so dargestellt worden, als ob die Vorlage derart mit lästigem Beiwerk besetzt wäre, daß sie den Arbeitern unannehmbar sein müsse. Andererseits ist uns von wohlunterrichteter Seite die Mahnung zu Theil geworden, auf diese Auslassungen nichts zu geben, sondern abzuwarten, da die bisher geübte Kritik durchaus keine Berechtigung habe. Nun, wir werden sehen. Uns ist der Entwurf nicht bekannt, und so erübrigt es sich von selbst, daß wir schon heute dafür oder dagegen Stellung nehmen. Das allerdings müssen wir voraussetzen, daß er auf anderer Grundlage beruht, als bei der vorjährigen Etatberathung der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, im Reichstage andeutete. Derselbe erklärte wohl die grundsätzliche Geneigtheit der Regierung, die Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zu verleihen. Aber er fügte dieser Erklärung die Bemerkung hinzu: „Die verbündeten Regierungen gehen von der Auffassung aus, daß in ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Arbeiter in den meisten Staats- und gewissen öffentlichen Betrieben, welche bringende und wichtige Aufgaben der Allgemeinheit zu erfüllen haben, nicht einbezogen sind“.

Von einer Ausdehnung und Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter könnte in einem Entwurfe nicht die Rede sein, in dem die in dieser Aeußerung enthaltenen Grundsätze durchgeführt sind, und wir hoffen, daß auch Herr Graf v. Posadowsky mittlerweile zu der Erkenntniß gelangt ist, daß ein auf dieser Grundlage geschaffenes Gesetz den Anforderungen nicht entspricht, welche die Arbeiterschaft daran stellt. Doch, wie gesagt, wir müssen erst abwarten, was uns zugebracht ist. Interessant jedoch ist es festzustellen, wie sich schon heute die Parteien des Reichstages und die betheiligten Wirtschaftsklassen zu dem vorläufig noch nicht veröffentlichten Entwurfe stellen.

Die Sozialdemokratie und die mit ihr eng verknüpften „freien“ Gewerkschaften nehmen zu der Angelegenheit eine kühle, man möchte fast sagen ablehnende Haltung ein. Ob man in diesen Kreisen vielleicht fürchtet, daß durch ein vernünftiges Gesetz die Arbeiterbewegung in ruhigere, friedlichere Bahnen gelenkt werden könnte? Ganz entschieden ablehnend verhält sich der größte Theil der konservativen Partei, während die allerdings in der Minderheit befindlichen Anhänger Stöcker's sich für den Gesetzentwurf erklären. Die „konservative Korrespondenz“ hat vor Kurzem mitgetheilt, daß die Konservativen einer Ausdehnung des Koalitionsrechtes nur dann zustimmen werden, wenn „für den erforderlichen Schutz der Arbeitswilligen“ gesorgt wird und die Berufsvereine für einen Mißbrauch ihrer Rechte straf- und civilrechtlich haftbar gemacht werden. Noch deutlicher ist das Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung“ geworden. Nach ihrer Meinung bedeutet der Entwurf einen „Akt der Schwäche gegenüber dem sozialpolitischen Reiferen des Reichstages“. Das Blatt spricht von einer weiteren Kräftigung der umstürzlerischen Organisationen, die dazu führen muß, daß die ganze Gewerbetätigkeit des

Reiches in immer wachsendem Maße unter unerträglichem Druck gestellt wird. Die Gerechtigkeit, die man den Berufsvereinen zu Theil werden lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegenüber werden, welche die Folgen dieser gewerkschaftlichen Vereinsfreiheit zu tragen haben; „man hüte sich, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Wasser anschwellen zu lassen, die das sozialdemokratische Mühlenwerk antreiben“.

Die „Kreuzzeitung“ läßt es nicht bei solchen Mahnungen bewenden, sondern zeigt gleich den Weg, der einzuschlagen ist, um die den Organisationen durch die Verleihung der Rechtsfähigkeit gewährten Vortheile wieder illusorisch zu machen.

„Die Haftpflicht der Gewerkschaften für die Handlungen ihrer Beamten und Leiter wird ohne Zweifel auch bei den Verhandlungen über den in der allernächsten Zeit zu erwartenden Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine eine wichtige Rolle spielen. Unseres Erachtens bietet die Neuordnung dieses praktisch außerordentlich bedeutsamen Punktes in der That den Angelpunkt für die Zukunft unserer Arbeiterbewegung überhaupt. Daher wird auch die Forderung derjenigen, die die Gewerkschaften und ihre Leiter für ihre Beteiligung an frivolen Streiks, insbesondere, nachdem das Einigungsamt des Gewerbegerichts seinen Schiedspruch gefällt hat, finanziell verantwortlich machen wollen, als höchst beachtenswerth bezeichnet werden müssen.“

Die christlich-soziale Zeitung „Das Reich“, das den Standpunkt des Stöcker'schen Flügels vertritt, weist demgegenüber darauf hin, daß gerade bei der Haftpflicht der Berufsvereine die Gegner derselben Fußangeln legen wollen, und der bekannte englische Taffvalentheid beweise, daß es auf diesem Felde möglich ist, Fußangeln zu legen.

„An maßgebender Stelle denkt man nicht daran, durch besondere Bestimmungen die Haftbarkeit der Berufsvereine auf alle Handlungen, die ihre Mitglieder begehen, auszudehnen; man beabsichtigt aber auch nicht, die Haftpflicht, der jede rechtsfähige Korporation unterliegt, auszuschließen.“

All diese Auslassungen der konservativen Presse deuten darauf hin, welches die „Kompensationen“ sind, die man für die Anerkennung der Arbeiterberufsvereine verlangt. Die „Haftpflicht“ der Leiter und Beamten soll der Angelpunkt der Arbeiterbewegung für die Zukunft sein. Wenn der Gesetzentwurf in diesem Sinne gehalten sein sollte, dann müßte allerdings die Prüfung im Reichstages eine recht gründliche sein. Jedenfalls läßt sich erwarten, daß das Centrum und die freisinnigen Parteien, die man als unbedingte Freunde einer verständigen Regelung der Angelegenheit betrachten darf, mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken werden, daß nur ein Gesetz zu Stande kommt, das den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Von den übrigen Parteien des Reichstages läßt sich noch nicht sagen, welche Stellung sie zu der Frage einnehmen. Auf allzuviel darf man sich jedenfalls nicht gefaßt machen.

Das Unternehmertum, das indirekt ebenfalls an der Angelegenheit theilhaft ist, steht der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine durchaus nicht so feindselig gegenüber, wie man vielleicht annehmen könnte. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ erwartet davon sogar eine günstige Wandlung der Arbeitskämpfe, durch Verstärkung der friedlichen Tendenzen auf beiden Seiten, bezweifelt jedoch, daß das Gesetz überhaupt zu Stande kommen wird. Das Blatt erblickt in der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiterberufsorganisationen die einzige Handhabe, dem „Streikflug“ entgegenzuarbeiten, sofern dadurch die Führer der Arbeiter persönlich für den von ihnen in Gestalt von „frivolen Störungen des Arbeiterfriedens“ angerichteten Schaden verantwortlich gemacht werden. Daß sich aber der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung bereit finden würde, einer solchen Einschränkung des „Streikterrorismus“ zuzustimmen, habe als völlig ausgeschlossen zu gelten. Jede gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik trage erfahrungsgemäß nur zu einer weiteren Untergrabung des Arbeiterfriedens bei, weil er im eigentlichen Sinne ein „Arbeiterklassenparlament“ sei.

Dieses Urtheil des Unternehmerorgans über die Thätigkeit des jetzigen Reichstages ist jedenfalls lächerlich einseitig, und wird man in Arbeiterkreisen darüber nur den Kopf schütteln. Ob aber nicht die Meinung über die Aussichten des angekündigten Gesetzentwurfs richtig ist? So sehr wir auch bemüht sind, uns Zurückhaltung in der Kritik aufzuerlegen, so freudig wir auch jedes Entgegenkommen der Regierung begrüßen, der Umstand, daß von den konservativen Zeitungen die Haftpflicht der Arbeiterführer so allgemein in den Vordergrund gestellt wird, stimmt uns doch bedenklich. Nun, vielleicht ist auch hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Vielleicht ist der Regierungsentwurf besser, als

nach den Pressenbedingungen erwartet werden dürfte. Die Deutschen Gewerkschaften werden jedenfalls auf dem Posten sein und im schlimmsten Falle auch Mittel und Wege finden, zu verhindern, daß etwa unter dem Deckmantel der Anerkennung der Berufsvereine eine Schwächung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu Stande kommt.

A Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften.

„Seit Köln haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und den Gewerkschaften zugespitzt und die Auseinandersetzung hat einen Charakter angenommen, der nicht mehr nähernd wirken kann, der trennend wirken muß.“ So erklärt ein Führer des alten Bergarbeiterverbandes, Johann Leimpeters, in einem Artikel über „Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften.“ Nach Köln wolle man in den Gewerkschaften die „eigentlichen Brutstätten der Prinzipienlosigkeit“ entdeckt haben. Eine Anzahl von Parteizeitungen und „Versammlungen hätten ein „fröhliches Kesseltreiben gegen die Gewerkschaftsbureauführer“ begonnen. Im Ruhrrevier seien Volksversammlungen veranstaltet worden, in denen über die „versumpfte Thätigkeit der Gewerkschaften“ gesprochen wurde. Die Versammlungen hätten dem alten Verband Hunderte von Mitgliedern gestiftet. „Volksversammlungen und Tageszeitungen“ seien aber wenig geeignet, Prinzipienfragen auszutragen. Es werde von der Rückständigkeit, der Bornirtheit, dem Krämergeist und dem Zünftlerthum der Gewerkschaftsführer geredet und geschrieben. Wer die Gewerkschaftsmitglieder in dieser Art gegen ihre Führer einzunehmen versuche, fördere nur die Disziplinlosigkeit und damit die notwendige Aktionsfähigkeit. Zur Klärung, zur besseren Einsicht und zur Verständigung trage man damit jedenfalls nicht bei.

Das ist ein richtiges Wort und verdient auch an gewissen Stellen in unserer eigenen Organisation gehört zu werden. Es giebt sogenannte „Malepartusse“, die der Organisation dadurch zu dienen glauben, daß sie die Mitglieder gegen die eigenen Führer aufheben. Das sollte in den Gewerkschaften nicht vorkommen. Es ist besser, wenn man dies ruhig den Sozialdemokraten gegen die Gewerkschaften überläßt.

Leimpeters verwahrt sich in seiner Klagepfeife auch dagegen, daß man die Gewerkschaftsführer als „Niesche'sche Uebermenschen“ verspottet, die hoch vom Piedestal herab über Krieg und Frieden, über die Berechtigung eines Streikes entschieden, ohne die Mitglieder erst zu fragen. Die Führer hätten die Verantwortung. Von den Führern verlange man, daß sie die Marktlage und die Konjunktur besser kennen als die Mitglieder, und deshalb seien sie nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die Durchführbarkeit eines Streikes nach allen Richtungen hin zu prüfen und den Mitgliedern ihre Meinung rückhaltlos mitzutheilen. Geschieht das aber immer? Es dürfe nicht um des Streikes willen, sondern nur um des Erfolges willen gestreift werden.

Auch das ist richtig! Wer aber auf dem Boden des Klassenkampfes steht, der streift um des Klassenkampfes willen, der Erfolg ist ihm dabei mehr oder weniger Nebensache.

Zustimmen können wir Leimpeters auch darin, wenn er ferner ausführt, daß die Streiks beiden Kontrahenten schwere Wunden schlagen, die beim Kapitalisten viel schneller vernarben, als beim Arbeiter.

Der Bergarbeiterstreik, so fährt Leimpeters fort, sei begonnen worden gegen den Willen der Führer. Die Massen glaubten ihren Führern schließlich nichts mehr. Man habe ihnen in Versammlungen zugerufen: Wenn kein Geld in der Kasse ist, dann hungern wir; wir müssen ja bei der Arbeit hungern, also können wir auch ohne Arbeit hungern. Die Massen hätten nicht übersehen können, daß die Machtpositionen sehr ungleich waren, und darum hätten die Führer bremsen müssen. Die Führer sämtlicher Organisationen hätten aber ihre Pflicht gethan, nachdem der Kampf einmal begonnen war.

Der Verfasser wendet sich dann gegen einen Aufsatz des sozialistischen Theoretikers Fleißner in der „Neuen Zeit“, nach welchem die Theorie in den Gewerkschaften geradezu verpöbnt sei. Fleißner behauptet, daß die Gewerkschaftsleiter mit überlegener Miene und mit leidigem Achselzucken den Parteigenossen bedächten, der warnend und mahnend auf die Vernachlässigung der Theorie hinweise. Fleißner behauptet auch, daß die Entwicklung der modernen Gewerkschaften zur Zeit einen Grad erreicht habe, der naturnotwendig zum Zusammenstoß und zur Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaft führen müsse. Sehr interessant ist, daß Fleißner die Ursache für den zu erwartenden Zusammenstoß nicht in dem „massenhaften und schnellen Zustromen der Arbeiter in die Gewerkschaften“. Das habe für die Gewerkschaften große Gefahren, da es „zur Unfähigkeit in der Bethätigung“ und schließlich „in den Sumpf“ führen müsse.

„Früher, als die Gewerkschaften noch klein waren, als die Masse noch drangen, der kleine Theil drinnen stand, da hatte man ein kleines Heer, aber

*) Sozialistische Monatshefte, Novemberheft.

Wochenchau.

Berlin, 14. November 1935

Soldaten, die gut diszipliniert und deshalb in allen Situationen zuverlässig waren. Wer in die Organisation kam, trat diesen Schritt erst nach reiflicher Überlegung, er trat ihn aus Klassenbewußtsein."

So Herr Fleißner, der hierbei aber übersteht, daß „das massenhafte und schnelle Zutreten der Arbeiter in die Gewerkschaften“ sehr oft nicht auf freiem Willen und eigener Entschliebung beruht.

Viele Tausende werden gewaltsam in die Gewerkschaften hineingepreßt durch den Terrorismus sozialistischer Fanatiker. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß dies auf die Dauer keine guten Wirkungen auf die betreffenden Organisationen haben könne. Wer nicht aus Ueberzeugung seinem Berufsverein beitrifft, der kann auch nicht mit Leib und Seele in der Organisation mitwirken.

Es ist aber selbstverständlich, daß jede Organisation darauf bedacht sein muß, möglichst viele Arbeiter zu überzeugen und für die Organisation zu gewinnen. Daran dürfen es ganz besonders unsere Gewerkschaften nicht fehlen lassen! Der Wirrwarr, den die noch bestehende Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie immer mehr in diesem Teile der Arbeiterschaft hervorrufft, giebt einen guten Boden ab für energische Agitation zu Gunsten der Gewerkschaften.

Leimpeters macht kein Hehl daraus, daß den Gewerkschaften in Jena recht übel mitgespielt wurde. Seit einigen Jahren schon beschleiche die Genossen vor dem Zusammentritt eines jeden Parteitag ein „bellommenes Gefühl“. Früher seien die Parteitage lehrreich gewesen. Meinungsverschiedenheiten hätten die Debatten belebt, aber nicht wie heute erbittert. Ein Beweis für die in Jena laut verkündete Einigkeit sei bis jetzt nicht erbracht worden.

Der Verfasser wendet sich sodann gegen den Jenaer Beschluß in der Maifeierfrage. Die Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes habe die Maifeierfrage mit einem Eifer und einer Gründlichkeit diskutiert, als hinge das Wohl der Bergleute davon ab. Eine große Zahl Redner habe sich sehr scharf gegen ihn (Leimpeters) ausgesprochen. Darunter auch solche Kollegen, denen sofort nachgewiesen wurde, daß sie in ihrem Leben noch nicht eine einjägige Maifeier mitgemacht hätten, die aber dennoch behaupteten, „ich (Leimpeters) hätte nicht die Meinung der Bergleute vertreten“. Von den Mitgliefern des alten Verbandes „hat sich nur ein ganz kleiner Teil“, kaum 3 pSt., „an der Maifeier beteiligt“. Man täusche sich gewaltig, wenn man die Stimmung der Kongresse als Gradmesser der Gesamtmeinung der Arbeiter ansehe. Bei der Maifeier könne „der Siegespreis auf keinen Fall die Opfer des Kampfes auch nur entfernt aufwiegen“. Wenn die Polizei die Umzüge und die Unternehmern das Feiern gestatten, „dann hätten wir also die Maifeier, aber was wäre damit gewonnen?“ Keine Stunde Arbeitszeit-Verkürzung, kein Pfennig Lohnerhöhung mehr! Und im Kampfe sei die Maifeier nicht durchführbar, zumal sehr viele Arbeiter überhaupt davon gar nichts wissen wollten. Und dann spottet Leimpeters über gewisse „zielbewußte“ Leute wie folgt:

„Wir sind Parteigenossen bekannt, die, solange sie noch in die Fabrik gingen, sich am 1. Mai schamhaft durchs Fabrikthor schlichen, aber, nachdem sie von der Partei freigesetzt wurden, keine Furcht vor Maßregelungen oder sonstigen Nachteilen zu haben brauchten, auf einmal fanatische Anhänger der strikten Arbeitsruhe am 1. Mai wurden und Leben, der nicht mitfeierte oder anderer Meinung war, einfach einen Feigling nannten.“

Schöne Helden!

Ähnlich, so heißt es dann weiter in Leimpeters Arbeit, liege die Sache mit dem Generalstreik. Die Generalstreikdebatte sei in einem Teile der sozialdemokratischen Presse „als ein Weltereignis gefeiert worden“. Ruhige Köpfe urteilten freilich anders. Und auch im Lande habe die Debatte nicht entfernt die Begeisterung hervorgerufen, die man sich vielleicht von ihr versprochen. Mit einer gewissen Bitterkeit konstatiert Leimpeters hierbei, wie wankelmützig die „Zielbewußten“ sind. Vor einigen Jahren sei Jeder, der für den Generalstreik eintrat, als unverbesserlicher Phantast abgefertigt worden, und heute sehe man den, der sich für das uralte, neue Kampfmittel nicht begeistere, bereits halb als Verräter an. Für die Gewerkschaften bedeute die Anwendung dieses Kampfmittels ihre Zerstückung, und deshalb müßten sie sich dagegen wenden.

Auch ist Leimpeters der Meinung, daß der Generalstreik in Deutschland zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen werde, und ob dann die „Jungfrau von Orleans“ ihre Auferstehung etwa in einer Rosa Luxemburg feiern würde, das sei doch noch nicht ganz sicher!

Wenn Leimpeters und die anderen Gewerkschaftler, die seine Anschauungen teilen, ihren Gedanken logisch zu Ende denken wollten, dann müßten sie der Partei, die ihnen so übel mitgespielt hat, den Rücken kehren. Die Arbeiterbewegung kann, das steht fest, nur erfolgreich sein in starken partei- und kirchenpolitisch unabhängigen Gewerkschaften!

Nach langem, heißem Ringen hat sich Kaiser Billow endlich entschlossen, das Einfuhrkontingent von russischen Schweinen schon jetzt zu erhöhen. Aus Veranlassung der Regierung fand in Kattowiß eine Ministerialkonferenz statt, an welcher Vertreter der Landwirtschaft und der Großindustrie, sowie einige Landräthe, Bürgermeister und auch Abgesandte der Regierung theilnahmen. Die Zusammenkunft kam zu dem Entschluß, daß das russische Schweinekontingent etappenmäßig bis zum 1. März auf 2500 Stück pro Woche erhöht werden soll. Bisher betrug die wöchentliche Einfuhr 1360 Stück. Die Erhöhung beträgt ab 1. November monatlich 300 Stück. Also endlich eine Konzession! Warum hat man eigentlich so lange damit gewartet, bis erst die Unzufriedenheit im Lande so bedenklich gesteigert wurde? Uns dünkt, daß die mit Hilfe der Agrarier veranstalteten Erhebungen wenig günstig ausgefallen sind. Keinem wird es aber einfallen, der Regierung dafür zu danken. Auch jetzt gewährt dieselbe die Schweinequote nur in Raten, damit die Industriearbeiter von der plötzlichen Massenzufuhr keinen leiblichen Schaden erleiden.

Gegen die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages für Frauen macht der Centralvorstand Deutscher Industrieller von Neuem mobil. Bei der Regierung ist anscheinend Stimmung dafür vorhanden, so daß die Delegiertenversammlung des genannten Verbandes im Mai d. J. schleunigst Stellung gegen jede gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit genommen hätte. Inzwischen haben aber die süddeutschen Baumwollindustriellen erklärt, daß sie vom 1. Januar ab für die Spinnereien und Webereien die zehnstündige Arbeitszeit einführen; es läßt sich nicht erwarten, daß in anderen gleichartigen Betrieben eine längere Arbeitszeit aufrecht erhalten werden kann. Diefem Gedanken hat selbst der Generalsekretär Dr. Bueck sich nicht verschließen können, der in einer in diesen Tagen abgehaltenen Sitzung des Centralverbandes anregte, ob man sich nicht doch zu einer Aenderung der Maibeschlüsse entschließen solle. Wenn auch in der betreffenden Sitzung einige einsichtige Unternehmer für die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages für Arbeiterinnen eintraten, so wurde schließlich doch gegen nur wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die jede weitere gesetzliche Verkürzung der jetzt 11stündigen Arbeitszeit ablehnt und diese Haltung damit begründet, daß die deutschen Arbeitgeber, um konkurrenzfähig bleiben zu können, Freiheit in der Bemessung der Arbeitszeit haben müßten. Der Centralverband habe nichts dagegen, wenn die Arbeitgeber freiwillig für weibliche Personen den 10stündigen Arbeitstag einführen.

Grundsätzlich also will der Centralverband von der Verkürzung der Beschäftigungszeit für Arbeiterinnen nichts wissen. Ob seine Stellung auch auf die Haltung der Regierung von Einfluß sein wird?

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände will am 7. und 8. Dezember in Berlin ihre Verbandsversammlung abhalten. Auf derselben sollen auch die Grundsätze für die Gewährung finanzieller Unterstützung bei Streiks beraten und festgelegt werden. Die Unternehmer rüsten sich immer mehr zur Parierung etwaiger gegen sie gerichteter Angriffe. Die bisher noch indifferenten Arbeiter rühren sich aber noch sehr wenig, sie warten bis zur nächsten Aussperrung, wo sie der Hilfe durch die Organisation bedürfen und melden dann schleunigst ihre Mitgliedschaft an. Ein erheblicher Teil von ihnen hat nur so lange ein Interesse an der Organisation, als es aus derselben was zu holen gilt.

Verbandsgenossen, macht doch diese Blinden im Geiste darauf aufmerksam, was für sie und die gesamte Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Wer angesichts der jüngsten Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung nicht für unsere Organisation zu gewinnen ist, an dem sind für alle Zeit Hopfen und Malz verloren.

Arbeiterbewegung. Von allen im Gange befindlichen Lohnstreiks nimmt die Aussperrung der Webereiarbeiter im sächsisch-thüringischen Industriebezirk das meiste Interesse in Anspruch. Im letzten Organ gaben wir eine Uebersicht über den Umfang der Aussperrung und bemerkten gleichzeitig, daß sich nicht genügend Arbeitswillige fanden, um die Betriebe offen zu halten. Die Arbeitgeber sahen sich daher genöthigt, eine nochmalige Schließung anzuordnen. Nunmehr sahen sich auch die Färbereibesitzer veranlaßt, ihre Arbeiter zu entlassen, weil sie keine Beschäftigung mehr hatten. Dieses geschah am 11. d. M. Die Arbeitswilligen, die durch Schließung der Betriebe nun ebenfalls wieder arbeitslos geworden sind, werden von den Unternehmern unterstützt. Im ganzen Verbandsbezirk beträgt die Zahl dieser Arbeiter 3725. Die Zahl der am Kampfe theilnehmenden Personen hat bereits 36 000 überschritten. — Bekanntlich hat unter den Bergarbeitern im Ruhrrevier eine starke Mißstimmung über die neue Arbeitsordnung Platz gegriffen. Hoffentlich behält man kaltes Blut. Denn im Königreich Sachsen scheint es bereits zum Kampfe kommen zu sollen. Die Bergarbeiter fordern höhere Löhne und Beseitigung einer Reihe von auf den Gruben bestehender Mißstände. Der alte Bergarbeiterverband warnt seine Mitglieder, voreilige Schritte zu unternehmen. Eine in

Zwickau stattgefundenen Konferenz, die über weitere Schritte Beschluß fassen sollte, kam zu dem Ergebnis, in eine Lohnbewegung einzutreten. Vertreter waren auf dieser Zusammenkunft 16—18000 Bergarbeiter. Auch in schlesischen Kohlenrevieren wird die Arbeiterschaft unruhig. Auf einigen Gruben sind die Belegschaften am Montag nicht angefahren, es wird Lohnhöhung zum Ausgleich der Fleischveruerung verlangt. — In der Schuhfabrik von Burkhardt in Sütterly bei Leipzig ist wegen geringer Differenzen ein Ausstand ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen für gewisse Artikel 2—3 Pfg. mehr und auf Stundenlöhne einen Aufschlag von 20 pCt., sowie die Einsetzung eines Arbeitsausschusses. Von 152 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen schlossen sich 100 der Bewegung an. — Mitte August vorigen Jahres kam es in den Elberfelder Farbenfabriken F. Bayer & Comp. zu ersten Differenzen, die durch ihre Festigkeit und dem rigorosen Vorgehen der Betriebsleitung eine große Bedeutung bekamen. Damals verlief der Kampf resultatlos. Jetzt wurde durch Anschlag in sämtlichen Fabriken bekannt gemacht, daß die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt wird. Durch diese Herabsetzung soll eine Lohnverminderung nicht eintreten. Für Sonn- und Feiertagsarbeiten wird ein Lohnzuschlag von 30 pCt. gezahlt, auch sollen die Schichtarbeiter eine entsprechende Lohnhöhung erhalten. Warum nicht gleich so? — Ein Streik der Arsenalarbeiter ist in Frankfurt ausgebrochen. In den Hafenstädten Cherbourg, Brest, Rochefort und Toulon haben die in den Flottenarsenalen beschäftigten Arbeiter solidarisch die Arbeit eingestellt, weil einige ihrer Kollegen, die als Stadtverordnete oder Stadträte scharfe Kritik an den Marinebehörden geübt hatten, entlassen worden sind. Die Arbeiter haben die Entlassung als Maßregelung angesehen und protestieren dagegen, daß Leute, denen man als Lohnarbeiter nichts vorwerfen kann, wegen Reden, die sie außerhalb des Arsenal und ihrer Arbeitszeit als freie Bürger und Erwählte des Volkes gehalten haben, bestraft werden. Von einer republikanischen Verwaltung sollte man in der That eine andere Handlungsweise ihren Angestellten gegenüber erwarten dürfen. — Auch unter den Eisenbahnern Oesterreichs ist eine Bewegung entstanden, die politische und wirtschaftliche Ursachen hat. Die Arbeiter streiken aber nicht, sondern wenden das Mittel der „passiven Resistenz“ an, d. h. sie thun ihren Dienst langsam und peinlich genau nach dem Wortlaut der Instruktionen, ohne auch den Sinn zu befolgen. Dadurch sind Störungen entstanden, die in manchen Gegenden den Verkehr völlig lahmgelegt haben. Gegenwärtig schweben Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes.

Ueber die Stellenlosigkeit im Handelsgewerbe geben die Mitteilungen des kaiserl. Statistischen Amtes im „Reichsarbeitsblatt“ für das dritte Vierteljahr 1905 Angaben, die eine Besserung des Geschäftsganges erkennen lassen. Während die Zahl der Balancen ungefähr auf gleicher Höhe wie im Vorjahre blieb, erfuhr die Zahl der Bewerber eine Verminderung. Erfreulich ist die Thatfache, daß die Stellenlosen in steigendem Maße Unterstützung durch die Berufsvereine erhalten. Während im dritten Vierteljahr 1904 bei den vier in Frage kommenden Verbänden 432 Stellenlose für 9076 Tage Mt. 13173,30 erhielten, zahlten dieselben Verbände im dritten Vierteljahr 1905 an 702 Stellenlose für 13071 Tage Mt. 16332,54. Wie seit langer Zeit ist der Verein der Deutschen Kaufleute (Hirsch-Dunder) bei dieser Unterstützung am stärksten beteiligt, er zahlte im dritten Vierteljahr 1904 Mt. 7770,05 und im dritten Vierteljahr 1905 Mt. 8444,85. Die Steigerung ist durch die erhöhte Mitgliederzahl hervorgerufen, die sich in den letzten drei Jahren verdoppelt hat. Die Handlungsgehilfen sehen es mehr und mehr ein, daß die Selbsthilfe doch eine gute Sache ist, und daß man nicht nötig hat, auf eine staatliche Stellenlosenversicherung zu warten.

Ein seltsames Nachspiel zum Streik in der Berliner Elektro-Industrie. In der gewerkschaftlichen „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 44, vom 4. November 1905 fanden wir einen Artikel, der uns sonderbar anmuthete. Als wir ihn gelesen hatten, sahen wir noch einmal auf den Titel, um uns zu überzeugen, daß es wirklich die „Metallarbeiterzeitung“ war, in welcher wir gelesen hatten. Es war eine Strafpfeil, wie sie bisher in solcher Offenheit wohl noch niemals in einem gewerkschaftlichen Blatt erschienen ist. Diese Epistel soll die an dem Streik in der Berliner Elektrizitäts-Industrie beteiligten Arbeiter treffen, die entgegen dem Rath der Führer den Streik fortsetzten, nachher aber mit den gemachten Zugeständnissen doch zufrieden waren. Die „Metallarbeiterzeitung“ sucht nach den Ursachen, warum die Arbeiter nicht auf den Rath ihrer Vertreter hörten. Auf die Frage: woher kommt das? giebt das Blatt folgende Antwort: „Das kommt daher, daß der Entscheidung über so wichtige Fragen in den seltensten Fällen ruhige, kühle Abwägung der thatsächlichen Rechtsverhältnisse vorangeht, daß nicht Vernunftgründe, sondern lediglich die momentane auf einer verhängnisvollen Selbstüberschätzung beruhende Kampfstimmung für die Entscheidung maßgebend ist. Die warnende Stimme der in den gewerkschaftlichen Kämpfen erfahrenen Führer wird nicht nur überhört, sondern mit recht drastischen Ehrenkulturen, von denen „Bremser“ die glimpflichsten, „Berräther“ noch eine harmlose ist, werden die Warner abgethan. Daher kommt es auch, daß Warner vor Unberücksichtigung, vor Ueberschätzung der eigenen Kraft, heute fast nur aus den Kreisen der Beamten und der mehr unabhängigen Arbeiter-

erfahrungen hervorgehen, die gemäßigten Elemente aus den theilhaftigen Arbeiterkreisen, die an Zahl nicht gering sind, halten mit ihrer Meinung zurück, weil es heute schon als Schande gilt, nicht radikal zu sein. Wer wollte sich gern dieser Eventualität aussetzen? Daß dem so ist, ist bewundern. Wenn selbst hervorragende Parteiführer, wie Bebel, sich nicht scheuen, von Arbeitern in gehobener Lebensstellung zu reden und damit andeuten, daß diese das proletarische Denken und Fühlen verlernt haben, wenn Leute wie Richard Fischer, der in Plusmacherei für die Partei nicht ganz unerfahren ist, von den Gewerkschaftsführern als Kassenmenschen spricht und andeutet, daß deren Idealismus nur mit ihrer Kasse lebt und stirbt, wenn man die betreffenden Schrift-, Rechts- und sonstige Gelehrte, die, obwohl aus anderem Holz, ja sofort „proletarisch“ denken und fühlen können, in dasselbe Horn blasen und es „wissenschaftlich“ begründen, ist es geradezu unaussprechlich, daß dadurch die wissenschaftlich leider nicht durchgebildeten und auch nicht immer in gehobener Weise erzogenen Arbeiter nach dieser Richtung hin so stark beeinflusst werden, daß sie ihre Führer in gleicher Weise einschätzen. Zunächst richtet sich diese kritische geschaffene Mißstimmung gegen die bezahlten Beamten, dann aber auch gegen alle übrigen Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, die sich mit deren Zahl einverstanden erklären. Ist es doch schon soweit gekommen, daß in Berlin derjenige, der mit einem an erster Stelle stehenden Beamten verkehrt, Gefahr läuft, als minderwertig, als „Schleimer“ (wie die geschmackvolle Bezeichnung im Berliner Sargon lautet) angesehen zu werden. Muß das nicht dazu führen, daß selbst in verantwortlicher Stellung befindliche Verbandsfunktionäre der Menge nach dem Munde reden? Müßten nicht Keuzungen der Rosa Luxemburg: „Der revolutionäre Geist ist uns wichtiger wie Disziplin und Organisation“, jede Disziplin untergraben? Und kann dann irgend eine politische Partei ohne Disziplin auskommen? Um wie viel nötiger ist dann aber straffe Disziplin für eine Gewerkschaft! Für sie, die täglich Schlachten zu schlagen hat, ist Disziplin geradezu Lebensbedingung, und deshalb ist die in der geschriebenen Weise betriebene „Aufklärung“ unverantwortlich, um nicht zu sagen gewissenlos.

Damit aber nicht genug: um das Maß der Verwirrung noch voll zu machen, schmeichelt man dem Arbeiter und dichtet ihm eine Kraftentfaltung an, die er erfährt und wahrscheinlich auch einmal erlangen wird, aber heute noch nicht hat. Derselbe Redner, der den Arbeitern vor Jahren mit den Worten: „Dem deutschen Arbeiter ist der Kampf geschwollen“, den Vorwurf der Ueberschätzung der eigenen Kraft machte, verübete denselben deutschen Arbeiter von der Tribüne des Parteitages herab: „Aber das muß man der Arbeiterklasse bemerkbar machen, es darf nicht vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht genügend gewürdigt wird“. Er schildert die Heidenangst, die Bourgeoisie und Staat vor der organisierten Arbeiterschaft haben, schildert die Arbeiterschaft als die Grundlage der Gesellschaftspyramide, die natürlich zusammenbrechen muß, wenn man sie in ihren Grundfesten erschüttert. Solche Reden sind unzweifelhaft sehr geeignet, Stimmung zu machen, und sie haben das ja auch, wie bei dem Temperament des Redners nicht anders zu erwarten, gethan, sie sind aber im Grunde genommen weiter nichts als eine Schmuckrede an das im Nachdenken wenig geübte Volk, das die heutigen Machtverhältnisse garnicht übersehen kann. Das gesprochene Wort wirkt zündend auf den Zuhörer, vertraut aber in seiner Wirkung mit seinem Hall. Nicht vertraut aber das geschriebene Wort und wirkt auf die Gemüther insofern auch noch nachhaltiger, weil es gerade geschrieben ist.“

Der zuletzt nicht genannte Redner „auf der Tribüne des Parteitages“ ist Aug. Bebel. Der Vorwurf gegen das „geschriebene Wort“ richtet sich gegen den „Vorwärts“.

Warum aber, so möchten wir fragen, jagt man die Sozialdemokratie nicht aus dem Tempel der Gewerkschaften hinaus, wenn man so fest davon überzeugt ist, wie es nach dieser Strafpfeil der Fall zu sein scheint, daß der sozialdemokratische Einfluß die praktischen Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in so unheilvoller Weise durchkreuzt? —

In die Berliner Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes hat der Kampf einen lebhaften Streik getragen. Eine von etwa 5000 Personen besuchte Versammlung der Ortsverwaltung, die am letzten Sonntag Vormittag in der Neuen Welt tagte, nahm einen stillen Verlauf. Die Rohrleger hatten ein Flugblatt gegen Herrn Cohen vertheilt, in welchem es u. a. hieß, es sei wunderbar, daß die Vertrauensleute, die man brauche, um verlorene und verpfändete Streiks und Aussperrungen abzuwürgen, zu dumm sein sollten, über die Ungerechtigkeiten und Fehler der Verwaltung zu richten. Das Flugblatt soll, wie weiter ausgeführt wird, der notwendigen Gesundung der Organisation dienen, „damit nach den letzten großen Niederlagen auch mal große Erfolge verzeichnet werden könnten“. Auch soll es eine Aufgabe des Flugblattes sein, den Leuten das Handwert zu legen, die wiederholt den Berliner Metallarbeitern öffentlich die Unwahrheit gesagt haben.

Der so angegriffene Herr Cohen verlangte, daß sein Spezialkollege, Karl Wieselthal, auf den er wohl die auf ihn gerichteten Angriffe zurückführt, den Saal verlasse, weil gegen ihn ein „Ausschlußverfahren“ schwebt. Die Mitglieder des Schiedsgerichts in diesem Ausschlußverfahren erklärten, daß das Verfahren sich als „gänzlich unhaltbar“ erwiesen habe, es sei ein Spiel mit der Ehre Wieselthal's getrieben worden. „Der erste Bevollmächtigte Cohen habe nicht die volle Wahrheit gesagt“.

Entgegen dieser Ehrenerklärung für Wieselthal, bemerkte Herr

Cohen, das gegen Wiesenthal seit Freitag ein „neues“ Ausschlußverfahren beantragt sei.

Das scheint nicht unpraktisch zu sein, um einen unbequemen Gegner matt zu setzen, so oft der Unbequeme freigesprochen wird, kann immer wieder ein „neues“ Ausschlußverfahren gegen ihn eröffnet werden, dann bleibt Herr Cohen immer oben. Verständige Leute aber werden über diese Kampfmethode den Kopf schütteln.

In großer Erregung ging die Versammlung auseinander und soll eine neue Versammlung einberufen werden zur Besprechung der Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie.

In Hamburg kriselt weiter in der gewerkschaftlichen Bewegung. Wie vorher schon die Hamburger Aktordmauer sich getrennt hatten vom Zentralverband, so hat sich auch nach Ausscheidung aus der Zentralorganisation eine bereits 800 Mitglieder zählende lokale Vereinigung der Erd-, Zimmer- und Abbrucharbeiter gebildet. Diese hielt am 29. Oktober eine Versammlung ab, in welcher lebhaftest Beschwerden gegen den Zentralverband der Bau- und Hilfsarbeiter, weil dieser bei den Unternehmern des Baues des großen Werkschaftshauses und des Genossenschaftshauses „Produktion“ dahin gewirkt hatte, daß die Mitglieder der Vereinigung plötzlich aus der Arbeit entlassen wurden. In der Versammlung wurde dies Verhalten scharf angegriffen. Die inhumanen Arbeitgeber seien die sozialdemokratischen Arbeiter. Die gesamte Presse werde mobil gemacht, wenn bürgerliche Arbeitgeber Arbeiter aussperrten, jene Art „Arbeitgeber“ triebe es aber noch weit schlimmer, denn sie sperrten ihre eigenen Arbeitsbrüder aus und gäben sie mit ihren Angehörigen dem Hunger preis, nur weil sie sich weigerten, dem Zentralverband anzugehören. Und so etwas nenne die Sozialdemokratie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Die Arbeiter, die sich hier so lebhaft über den Terrorismus der Sozialdemokraten beschwerten, legten noch vor Kurzem bei Begründung ihrer Vereinigung besonderes Gewicht darauf, daß sie Sozialdemokraten bleiben wollten. Jetzt scheint ihnen ein Talglicht aufgegangen zu sein.

Um den keimenden Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften gleich bei seinem Aufkommen zu erkennen, macht der Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Abgeordnete von Elm den Vorschlag, man möge der Partei einen „gewerkschaftlichen parlamentarischen Beirat“ geben. Wenn Partei und Gewerkschaften auf diesen Vorschlag eingehen, dann sind beide eine einheitliche Organisation geworden, was dann mit Naturnotwendigkeit zu einer Spaltung der Gewerkschaften führen muß. Die Unternehmer würden sich dann erst recht weigern, mit Vertretern dieser Organisation zu verhandeln, weil sie nicht mit der offiziellen Sozialdemokratie in Ausgleichsversuche sich einlassen würden. Die Gewerkschaften würden dann auch den Rest ihrer Selbstständigkeit aufgeben, weil sie gehalten wären, in allen Stücken der Partei unterzuordnen. Uns kann es recht sein. Was wir aber bedauern, ist, daß damit der freiwilligen Entwicklung der Arbeiterfrage ein neues Hindernis in den Weg gestellt wäre. Wir verweisen hierzu noch auf den Artikel: „Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften“ in vorliegender Nummer.

Eine neue Probe politischer Kundschamkeit. In Düsseldorf beschloß eine Mitgliederversammlung des Hafnarbeiterverbandes, alle Mitglieder auszuschließen, die nicht innerhalb dreier Monate ihre Mitgliedschaft in einem patriotischen Verein (Schützen, Krieger-, Gesang- oder Militärverein) aufgeben. Mitglieder obengenannter Vereine sollen auch nicht mehr in den Hafnarbeiterverband aufgenommen werden. Das ist ein Zeichen des eigenartigen Respektes, den die „Zielbewußten“ vor der Freiheit der Persönlichkeit haben.

Eine merkwürdige Organisation ist in Halle a. S. entstanden. Sie nennt sich „Christliche Gewerkschaft für alle Berufe“ und richtet an die Arbeitgeber ein Rundschreiben folgenden Wortlauts: Hiermit den hochwichtigen Arbeitgebern zu Halle a. d. S. und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir hier eine „Christliche Gewerkschaft für alle Berufe“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und Behinderung von Streiks errichtet haben. Um dieses zu erreichen, haben wir gleichzeitig einen Arbeitsnachweis für alle Berufe, Gabelsbergerstraße 4, eine Treppe, errichtet und erlauben uns, die Herren Arbeitgeber zu bitten, uns Vorschläge zu machen, auf welche Art und Weise ein friedliches Zusammenarbeiten möglich ist, zweitens unseren Arbeitsnachweis recht zu benutzen, zur etwaigen persönlichen Auskunft sind wir gern bereit. Die sozialdemokratischen Blätter rechnen diese neue Gründung den „R. Gladbacher Centrumsgewerkschaften“ zu, die „Kölnische Volkszeitung“ aber erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften in Halle a. S. überhaupt nicht vertreten sind und diese „Christliche Gewerkschaft für alle Berufe“ wohl nur eine von den Unternehmern sanktionierte und vielleicht auch materiell unterstützte Korporation sein werde, die unter irreführender Flagge lege. Vielleicht wissen unsere Verbandsgenossen in Halle Näheres darüber zu sagen.

Zu der Skandalaffäre in der „Vorwärts“-Redaktion hat nun auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Stellung genommen. Es verurteilt das Vorgehen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Pressekommmission auf das Aller Schärfste. Wenn es auch zugiebt, daß die „Anstellungsverhältnisse innerhalb der modernen Arbeiterbewegung nicht lediglich nach Grundfragen zu bemessen sind, die gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum gelten“, so dürfen die Angestellten doch nicht in einer Weise behandelt werden, die diesen Grundfragen schnurstracks zuwiderlaufen. Das sei aber in diesem Falle geschehen.

Aber der Parteivorstand wollte nicht den oder die Redakteure entlassen, die für die angeblich unhaltbaren Zustände im „Vorwärts“ verantwortlich waren, sondern unbeteiligte Redakteure, um dadurch den leitenden Redakteuren eine künstliche Mehrheit gegenüberzustellen, — ein Verfahren, das sich wenig von einer willkürlichen Maßregelung unterscheidet. Ein solches Manöver mag politisch erfolgreich sein, den Grundfragen von Gerechtigkeit und Vertrauen entspricht es aber nicht. Und es mußte die von der Kündigung verschonten, für die Haltung des Blattes verantwortlichen Redakteure geradezu auf den Weg einer Solidaritätskündigung drängen, schon um den Vorwurf zu vermeiden, sie hätten andere für ihre Handlungen büßen lassen. Ein Privatunternehmer, der einen Streik seines Personals provozieren wollte, hätte kaum ein unfehlbareres Mittel wählen können. Aber selbst dieser Fehler wird noch überbolen durch die beschlossene Gesamtentlassung des Redaktionspersonals, die sich in nichts von einer Aussperrung unterscheidet. Denn auch der Unternehmer erwartet, daß die mitausgesperrten Arbeitswilligen sich schon von selbst zur Weiterarbeit melden werden. Durch die gemeinsame Kündigung haben die sechs Redakteure diese unbegreifliche Maßregel verhöhnt und die Partei vor einer unwürdigen Handlung bewahrt, deren Folgen freilich nicht mehr abzuwenden waren. Der Konflikt verschärfte sich, als die sechs Redakteure sich zwecks Wahrung ihrer Rechte an die Öffentlichkeit wandten, und ebnete mit ihrer kündigungsfreien Entlassung. ... Dann kam das bittere Nachspiel: Die Gemäßigten mußten durch andere Kräfte ersetzt werden, die nun unter dem Diktum der Unsolidarität, des unkollegialen Verhaltens die freigewordenen Plätze einnehmen konnten. Mag der Gewissenkonflikt den eintretenden Redakteuren schwerer oder leichter gefallen sein, so kann es doch für die Arbeiterfrage nicht gleichgültig sein, daß das Parteinteresse Handlungen toleriert, die im gewerkschaftlichen Leben als Streikbruch verurteilt werden. Die demoralisierenden Wirkungen, die solche Vorgänge zeitigen müssen, fordern geradezu den Widerspruch der Gewerkschaften heraus.

Während der „Tabakarbeiter“, das Organ des Verbandes der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, wegen dieses Artikels gegen die Generalkommission vom Leder zieht und das Verhalten des Parteivorstandes und der Pressekommmission billigt, wendet sich die „Vergewaltigung“ des Abg. Huß mit aller Schärfe gegen die Parteileitung. Namentlich aber richtet sie ihre Kritik gegen die Zusammenfassung der neuen Redaktion, wodurch die Gewerkschaften direkt vor den Kopf gestoßen worden seien. Die Vernichtung des Herrn Düwell — „Genosse“ wird er nicht genannt — sei ein „Schlag gegen die Leitung des Bergarbeiterverbandes“; die „bedorugte Leitartiklerin“ Frau Rosa Luxemburg habe sich seit Jahren bemerkbar gemacht durch Mißkreditierung der Gewerkschaftsarbeit und der Gewerkschaftsführer.

Das vernichtende Urtheil, das hier der Parteileitung von den eigenen Genüßgenossen gesprochen wird, wird noch bekräftigt durch den Beifall, den ihr die Scharfmacherpresse spendet. Mit vollem Recht behauptet das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, daß das bitterste Lob, das der Parteileitung jemals zu Theil wurde, darin besteht, daß auch die „Stumm'sche Post“ das Verlangen der Redakteure, vor ihrer Kündigung gehört zu werden, als ihrdicht, naiv und als Ausschluß unsinnigster Demokratie zurückweist.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung. Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Bureaus für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, Deutschen Gewerksvereinen, christlichen Gewerkschaften) betriebene Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres jetzt feststeht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, Unter den Linden Nr. 38. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesammten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genußmittel, mit zahlreichen Unterabtheilungen zu geben. Dabei sollen die Waaren mit Angaben über die Arbeitszeit und die Lohnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Vorträge und bildliche Darstellungen werden zur weiteren Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf Weiteres das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Moellendorffstr. 29/30.

Gewerkvereins-Zeitung

§ Berlin. Der D. V. der Fabrik- und Handarbeiter VII hielt am Dienstag, 7. November, Abends 6 1/2 Uhr, zu Mariendorf, Dorfstraße 1, im Saale des Herrn Rau eine Wanderversammlung ab. Zweck dieser Versammlung war, den in letzter Zeit eingetretenen Mitgliedern vom Gasmarkt Mariendorf den Besuch der Versammlung zu erleichtern, ihnen die Organisation der Gewerksvereine klarzulegen und vor allem die unorganisierten

lassen werden immer mehr auch von den Gegnern anerkannt. Das muß uns die Veranlassung geben, der breiten Masse zu sagen, daß die Gewerksvereine es waren, die als bahnbrechende Pioniere voringen. Das können wir nur, wenn die Öffentlichkeit von uns hört, und als Mittel zu diesem Zweck ist die Errichtung eines Sekretariats auch im hiesigen Bezirk notwendig. Am 26. November findet deshalb in Duisburg, Vormittags 10½ Uhr im Lokale des Wirtes Hafensamp eine Ortsverbandsversammlung statt, desgleichen an demselben Tage, Nachmittags 4 Uhr bei Schüle in Berc. In beiden Versammlungen wird seitens des Kollegen Erkelenz-Düsseldorf die Frage der Notwendigkeit eines Sekretariats nochmals erörtert werden. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen unbedingt zu erscheinen. Das Unternehmertum erlaubt nicht, neue Momente zwecks Rechtslosmachung der Arbeiter zu erfinden. Die Verweigerung einer Ueberweisung von einem Werk zum anderen, ist hieron der klarste Beweis. Kollegen, die selbst im Arbeitsverhältnis gefanden haben, können hier am besten mit Rath und That helfen. Hoffen wir, daß in allen diesen Punkten, die auf den neuen Ortsverband gestellten Hoffnungen in Erfüllung gehen und setzen wir den Spruch in die That um, der da lautet:

Ich will! Das Wort ist mächtig,
Spricht's einer ernst und still;
Die Sterne reißt's vom Himmel,
Das eine Wort: „Ich will!“

Gieseler.

§ Elbing. Ueber „Die Aussperrung in den Elektrizitätswerken in Berlin und was lehrt uns diese“, sprach am 18. Oktober in einer öffentlichen Gewerksvereinsversammlung Kollege Schumacher in Berlin im hiesigen Gewerksbause. Er gab einen klaren Ueberblick über die Ursachen des Streiks und der darauf erfolgten Aussperrung und erörterte dann die Lehren, welche die Arbeiterschaft daraus ziehen müsse. Auf Grund der Erfahrungen, die man auch aus dem Streik der Bergarbeiter geschöpft habe, könne er der Arbeiterschaft nur die Mahnung zu Theil werden lassen, daß sie Streiks, bei denen die erstrebbenden Vorteile der Arbeiter in keinem Verhältnis zu den Opfern stehen, die der Zustand erfordert, besser unterlassen sollten. Die Berliner Arbeiter hätten übrigens den Streik gegen den Willen der Führer fortgesetzt. Manche Führer hätten allerdings, wenn sie sehen, daß die Karre sich nicht durchsetzen lasse, nicht den Muth, den Arbeitern klar zu legen, daß ihre Forderungen nicht durchzusetzen seien. Kollege Schumacher kam zu dem Schlusse, daß man für die Zukunft noch mehr darauf bedacht sein müsse, zu verhindern, daß Streiks unüberlegt vom Saune gebrochen werden. Umso mehr hat jeder Arbeiter dazu beizutragen, daß die Organisation erstärke und gedeihe. Wenn es dann einmal auf eine Krisisprobe ankomme, dann werde diese auch mit gebührendem Nachdruck durchgeführt werden können. In der recht lebhaften Diskussion forderten die meisten Sprecher die Arbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen. Das thue gerade in Elbing sehr noth, wenn einmal Forderungen seitens der hiesigen Arbeiterschaft gestellt werden sollen. Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der sich die gut besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Schumacher voll und ganz einverstanden erklärte und die Ausbreitung der Organisation allen Mitgliedern ans Herz gelegt wird. Nach einem Schlusswort Schumachers wurde dann die Versammlung vom Vorsitzenden mit einigen Worten des Dankes geschlossen. Kollegen Schumacher sei an dieser Stelle noch für die gute Anführung bestens gedankt.

Paul Preuß, Schriftführer.

§ M.-Glabbach. Hier ist es gelungen, einen D.-V. der Deutschen Kaufleute mit 25 Mitgliedern zu begründen. Der neue Ortsverein wird auch dem hiesigen Ortsverbande der Deutschen Gewerksvereine beitreten. **Eric Segall, früher Stettin.**

§ Scheuditz. Zu einer eingehenden Besprechung über das Zeitungsprojekt, der in Mittelbrunnshand gelegenen Orts- und Ausbreitungsverbände, hatten wir hier am Sonnabend, 4. November, eine Ortsverbandsversammlung einberufen, welche sehr gut besucht war. Kollege Röger aus Weichenfeld hielt den einleitenden Vortrag, worauf eine gründliche Aussprache stattfand, in welcher das neue Blatt, die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, als ein Organ empfohlen wurde, welches durch sein energisches Eintreten für die Bestrebungen unserer Organisation uns nach jeder Richtung hin dienlich sein kann. Hier in Scheuditz ist die Zahl der Leser auf nahezu 50 pct. der gesammten Mitglieder des Ortsverbands gestiegen und wegen der gewerksvereinsfremdlichen und interessanten Ausgestaltung des Blattes, ist nur zu wünschen, daß man in anderen Orten die Zahl der Abonnenten auf die gleiche Höhe bringt wie hier. Im Interesse des breitesten Einflusses unserer neuen Gewerksvereinspresse darf mit der thätigsten Unterstützung nun nicht mehr gewartet werden. Wir wollen die hier gebotene Gelegenheit ausnutzen, denn wir wissen alle, welche Vortheile uns eine gut geleitete und einflussreiche Gewerksvereinspresse zu bieten im Stande ist. **Pappisch.**

Verbands-Zeitung.

Quittung über eingesandte Beträge für die Verbands- und Organliste pro Oktober 1905.

Bauhandwerker: Bielefeld 99,08, Kadeberg 5,25. **Kaufleute:** Berlin II 1,40. **Rundwägen:** Berlin II 8,15, Rathbor 0,70. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Altenburg 2,10, Berlin I 3,85, Berlin IV 2,45, Berlin VIII 2,45, Berlin X 0,70, Belgard 0,70, Bernsdorf 0,35, Biberach 0,35, Brandenburg 1,05, Budau 4,20, Chemnitz 1,40, Cottla 1,75, Dresden I 1,40, Dresden III 2,50, Duisburg II 1,65, Gulau 3,50, Hüttenwalde 1,05, Weichlingen 0,35, Göttha 1,05, Halle I 2,10, Hamburg I 1,05, Hannover 1,40, Kaiserlautern 0,35, Ralf 0,35, Kiel 0,35, Leipzig II 2,80, Linden 5,60, Magdeburg-Neust. 1,40, Mallwitz 0,35, Neuz 0,70, Primkenau 0,35, Radeberg 2,10, Scheuditz 0,70, Warmbrunn 0,70, Weiler 1,75, Zittau 0,35. **Schiffszimmerer:** Generalrat 57,76. **Stahlarbeiter:** Hüttenwalde 2,10. **Fischer:** Augsburg 8,15, Berlin I 8,75, Breslau II 0,70, Danzig 0,40, Elgan 1,40, Halle 0,70, Lindenau 1,40, Scheuditz 2,45, Spandau 1,75, Stettin 0,70, Themar 0,85, Zerbst 1,06. **Reisepflichtiger:** Danzig 6,30. **Privat:**

Kupfer-Schöneberg 3,75, Dabrun-Mirdorf 0,90, Langheinde-Queblinsburg 2,80. **Zusumma: Mf. 1156,74. Inverate: Maschinenn. Apolda 1,--.** Berlin, den 7. November 1905.

R. Klein, Verbandskassier.

Zusammenfassung*) für die ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie Berlins und Umgegend.
Fabrik- und Handarbeiter: Berlin II Mf. 2,--. **Banne 19,95,** Berlin (Liste 707) 1,30. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Baukau 5,--. **Schwerte 13,45,** Borsigwerk 10,50, Berlin I (Liste 2122) 1,--. Berlin I (Liste 2159) 6,--. Berlin I (Liste 2129) 7,15, Hamburg II 20,70, Breslau V 11,70, Bietfeld 5,--. **Chemnitz (Liste 1196) 10,--. Schneider:** Königsberg 15,--. **Fischer:** Bredow (Liste 1756) 9,05, Berlin II (Königsstadt) 14,40. **Löcher:** Waldenburg 2,80. **Zusumma 155 Mf. Bereitgestellt 5167,99 Mf. Insgesamt 5322,99 Mf.** Berlin, den 13. November 1905.

R. Klein, Verbandskassier.

Aufruf. An alle Ortsvereine und Ortsverbände des Herzogthums Anhalt und der Provinz Sachsen.

Werthe Kollegen!

Am 1. Dezember d. J. erscheint die Probenummer unserer Zeitung, und fordern wir nun alle Kollegen des Bezirks auf, sich kräftig an dem Abonnement zu beteiligen und das Ergebnis bis zum 15. Dezember 1905 hier einzuliefern, damit die Nummern pünktlich zugestellt werden können. Definitiv erscheint die Zeitung vom 1. Januar 1906 wöchentlich einmal. Preis pro Quartal 75 Pfg. Alle näheren Informationen finden die Kollegen in der Probenummer.

Mit Gewerksvereinsgruß

Der Vorstand des Ausbreitungsverbandes Anhalt/Sachsen.
S. A. R. Rubert, Schriftführer.

*** Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.) für das Herzogthum Anhalt und Provinz Sachsen.**

Protokoll der 3. Vorstandssitzung, abgehalten am 1. November 1905 im Lokal „Eudin“. Kollege Ziemann eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Abends. Anwesend sind sämtliche Vorstandsmitglieder, als Gäste die Kollegen Becker, Blume, Schröder und Hansen. Die eingegangenen Schriftstücke werden zunächst verlesen, unter Anderem eine Anfrage von Kollege Keimann. Derselbe, der Auskunft wünscht über unsern Revisor Peiffa, der in verschiedenen gegnerischen Zeitungen als Arbeitswilliger hingestellt wird. Nach längerer Aussprache und Aufklärung durch Peiffa selbst, gelangt der Vorstand sowie die anwesenden Kollegen zu der Ansicht, daß genannter Kollege wohl früher angefangen hat zu arbeiten, ehe der von Gewerkschaftsseite incenitrate Holzarbeiterstreik im Sommer dieses Jahres beendet war. Der Holzarbeiterverband hatte es jedoch nicht für nöthig befunden, den Gewerksvereiner der Fischer über sein Vorgehen in Kenntniß zu setzen, sodas sich Peiffa mit noch einem Kollegen genöthigt sah, mit seinem Meister selbst zu unterhandeln und sich entschloß, nachdem er etwa 14 Tage mitgestreift hatte, zu den von seinem Arbeitgeber gewährten neuen Arbeitsbedingungen, die eine Lohnverbesserung bedeuteten, in Arbeit zu treten. Darüber nun groß Besädet; nur wird nicht erwähnt, daß 17 Fischer vom Holzarbeiterverband bei einer anderen Firma in Magdeburg dasselbe thaten wie die beiden Gewerksvereiner. — Kollege Schröder als Kassierer des Presfonds für die vom hiesigen Ortsverbande ins Leben zu rufende Zeitung übermittelt den Beschluß der letzten Ortsverbandsversammlung, das Projekt der Zeitungsfrage dem Ausbreitungsverbände zu übertragen. Es wird sodann beschloffen, am 1. Dezember d. J. eine Probenummer herauszugeben und vom 1. Januar 1906 die Zeitung wöchentlich einmal erscheinen zu lassen. Derselbe soll sämtlichen Ortsvereinen des Bezirks zugelandt und die Abonnementbestimmungen bis zum 15. Dezember 1905 bewirkt werden. Die Sammlungen zum Presfonds sollen unentwegt weiter geführt werden. Als Kassierer wird Kollege Schröder weiter verpflichtet. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der Sitzung 11 Uhr 50 Minuten.

R. Rubert, Schriftführer.

*** Norddeutscher Ausbreitungsverband.**

Protokoll der Vorstandssitzung vom 2. November 1905, abgehalten im Lokal Engelle, Stettin, Schiffstr. 9. Anwesend sind die Kollegen Kunow, Bietweß und Frau Kuhlenkamp. Als Gast ist Frau Bieker anwesend. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8½ Uhr Abends und begrüßt die Anwesenden. Es liegen Berichte vor von den Kollegen Gallies, Kunow und dem Schriftführer. Kollege Gallies berichtet über seinen Besuch des D.-V. der Fabrik- und Handarbeiter-Grabow und der Goldschmiede-Stettin, der Schriftführer über seinen Besuch des D.-V. der Schneider-Stettin, der Fischer-Stettin. Es sollen besucht werden die Ortsvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter-Stettin durch den Schriftführer, der Schiffszimmerer durch Kollegen Kunow. In der Versammlung des D.-V. der Fabrik- und Handarbeiter-Züllow am 3. Dezember wird der Schriftführer mit dem Referat beauftragt. Betreffs der Versammlung des D.-V. der Frauen und Mädchen über die Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung wird bis zur nächsten Sitzung verlagert. Eine Mittheilung des Ortsverbandes Bismar, das das Vorstandsmitglied Kollege Busse ausgeschieden ist, wird zur Kenntniß genommen. Als Ersatz wird Kollege Paul Levetzow-Bismar vorgeschlagen. Dieses soll den auswärtigen Vorstandsmitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werden. Ein Antrag des Ortsverbandes Prenzlau um Stellung eines Referenten wird angenommen. Kollege Kunow wird dazu beauftragt. Schreiben vom Ortsverband der Fischer-Braunsberg, Kollegen Kitzow-Prenzlau und Neuer Bütow werden zur Kenntniß genommen.

Betreffs Einrichtung von Diskutirabenden wird beschloffen, die gemeldeten Kollegen zu einer näheren Besprechung einzuladen. Auf Vorschlag des mehr Ansehens an unsern Verband zu gewinnen.

*) Gelder sind nur zu senden an Verbandskassier Rudolf Klein Berlin N.O. 66, Greifswalderstr. 221/22.

Kollegen im Gaswerk unserm Gewerksverein zuzuführen. Die Versammlung war von ungefähr 100 Personen besucht: 20 Gewerksvereiner, 30 Unorganisierte und 50 Gewerkschaffer. Der Vorsitzende Springer eröffnete die Versammlung um 6 1/2 Uhr, begrüßte die Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt. Die Gewerkschaffer rufen: Bureauwahl! Der Vorsitzende befehlt sie darüber, und geben sie sich damit zufrieden. Es wird sodann durch Kollegen S u b e r i vom D.-B. Brig das Protokoll vorgelesen, Einwendungen wurden nicht gemacht. Zu Punkt II erhält Kollege M u c k r a s c h zum Vortrag das Wort. Derselbe schildert die wesentlichen Grundzüge unserer Organisation, die Forderungen auf Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgerichte, Einschränkung der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit. Auch betont Redner, daß die Gewerksvereine stets den Mitgliedern gegenüber ihre Pflicht erfüllt hätten und ein Vermögen von 3 1/2 Millionen Mark ihr eigen nennen könnten. Der Redner fand lebhaften Beifall. In der darauf folgenden Diskussion nahm zuerst der Gewerkschaffer Polenske das Wort. Derselbe hielt sich an den Vortrag, bestrittelte und bezweifelte das Alles; es war dem Herrn indes nicht möglich, irgend etwas Plausibles anzuführen. Auch sprachen noch die Gewerkschaffer P r e n s l o w und K i p p e l; dieselben hatten überhaupt kein verständiges Wort im Munde gegen unsere Kollegen im Gaswerk Mariendorf, welche von ihnen Epistel, Scharroper und Streifbrecher geschimpft wurden. Betreffs dieser verletzenden Beschimpfungen wurden sie von unsern Kollegen L e h m a n n vom D.-B. Brig, sowie von W a l t e r I von unserm Ortsverein energisch zurück gewiesen. Die Kollegen vom Gaswerk glaubten ihre Reputation noch sparen zu sollen, und so konnte der Referent im Schlußwort eine gründliche Abrechnung halten. Bei Punkt III: Betrinsachen, glaubten die Herren Gewerkschaffer ihre Pflicht erfüllt zu haben und verließen unter Zurücklassung ihrer Führer den Saal, einen Teil der unorganisierten Kollegen mitnehmend, welche auch des lieben Friedens willen folgten. Bei Verschiedenem nahmen auch die drei oben genannten Gewerkschaffer das Wort und nannten nun auch Namen. Besonders „Genosse“ K i p p e l l o g, daß sich die Balken bogen. Nach ihm sollten unsere Kollegen Klame und Knode gar schlimme Menschen sein. Darauf hatten wir erwartet, nun konnte Kollege K l a m k e mit seinem Beweismaterial heraus kommen und zeigen, daß gerade Herr K i p p e l ein Streifbrecher ist. Wie ein bessenerer Pudel mußte der „Moberne“ den Rückzug antreten. Es sprachen noch die Kollegen W a l t e r I und II, L e h m a n n und K n o d e. So schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, alle persönlichen Differenzen nach erfolgter Aussprache beiseite zu lassen und einzig zur Arbeit zu gehen, sonst freut sich nur der Dritte. Aufgenommen wurden noch 13 Mitglieder, sodas ein D.-B. in Mariendorf geschieht ist. Darum auf Kollegen vom Gaswerk Mariendorf, agitiert so lange, bis der letzte indifferente Kollege im Gaswerk unserm Gewerksverein angehört. B. Springer, Vorsitzender.

Chemnitz. Am Dienstag Abend, 17. Oktober, fand im Kolloseum eine öffentliche Weber- und Weberinnen-Versammlung statt, die vom Artillarbeitersverband einberufen und geleitet wurde. Unter den zahlreich erschienenen waren auch mehrere Mitglieder unseres Ortsvereins. Der Zweck der Versammlung war, die ausgearbeiteten Kontrakte der Möbelstoff- und Teppich-Branchen zur endgültigen Annahme zu bringen. Das Referat hielt der Bevollmächtigte des Artillarbeitersverbandes Reichelt. Mit einigen Abänderungen und Zusätzen (ein solcher wurde von einem unserer Mitglieder beantragt und einstimmig genehmigt) fanden die Punkte einstimmige Annahme. In der nun folgenden Diskussion wurden zwei Resolutionen, eine aus der Mitte der Versammlung, die andere vom vom Referenten selbst, eingebracht. Bis hierher war alles ruhig verlaufen; als aber unser Kollege Kurt Reichelt durchaus sachlich, ruhig und in anständiger Weise gesprochen hatte, da brach der Sturm los, denn es wollte den Herren Verbändlern nicht recht passen, daß ein „Hirsch“ sich erlaube, die Unorganisierten zum Beitritt in den Gewerksverein aufzufordern und dabei erwähnte, daß gerade die Arbeitgeber unter sich bei wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht nach Politik und Religion fragen. Diese stehen immer in solchen Fällen geschlossen beisammen, während es bei den Arbeiterorganisationen zu bebauern sei, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften es sind, die den größten Zwiespalt unter die Arbeiterschaft bringen und so ein Zusammengehen bei wichtigen Fragen vollständig ausgeschlossen ist. Nachdem sich zwei Redner sachlich ausgesprochen hatten, fing ein dritter Verbändler an zu „Mäßen“ und warf nur so mit „Hirsch-Dunder'schen Gesellschaft“ und „Uneinigkeit in die Reihen bringen“ um sich. Als dann unser Kollege Reichelt nochmals das Wort ergriff und dem betreffenden Vorredner in ruhiger Weise seine Strikturner berichtigte und sich Beleidigungen verbat, nahm der Referent Reichelt das Wort und sprach ungefähr 10 Minuten lang in einer Art und Weise über die Gewerksvereine, die alles andere nur nicht anständig genannt werden kann. Kraftworte, wie „Harmoniebüchse“, „Spiegel der Unternehmern“, „Weißensfeld“ und dergleichen waren selbstverständlich an der Tagesordnung. Das war eine Leistung, die die Gemüter der Verbändler hocherfreute. Aber unseren Ohren wollten wir kaum trauen, als der Referent erklärte, daß er überhaupt nichts vom Bestehen des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins in Chemnitz wisse, und auch dann noch nicht recht zugeben wollte, als ihn seine „Getreuen“ auf die am 10. September stattgehabene (von uns einberufenen) öffentliche Versammlung aufmerksam machten und er selbst damals bedauerte, daß er dieser Versammlung nicht betwohnen konnte. Das war also eine wissenschaftliche Lüge, oder ist des Herrn Referenten Gedächtnis so schwach? Eins von den beiden muß schon deshalb richtig sein, weil er auch zur Zeit des Crimmitschauer Streiks vom Ortsverband Chemnitz der „Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine“ und von fast allen „Hirsch-Dunder'schen“ Ortsvereinen der Umgegend, ebenfalls auch von einigen auswärtigen Ortsvereinen ganz ansehnliche Geldbeiträge in Empfang nehmen konnte. Vom Interesse dürfte noch sein, daß sich, als der Vorleser die aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution für die weitgehendste erklärte, der Referent aber die feinsten als die weitgehendste bezeichnete, eine sehr hitzige Geschäftsordnungsdebatte sich entspann, die dem Vorleser zu der Äußerung zwang, daß er den Vorleser führe und kein anderer und sich auch nicht irrorisieren ließe. Des Referenten Resolution wurde zwar einstimmig angenommen, nachdem die eine zurückgezogen war, mußte aber erleben, daß gerade der von ihm bekämpfte Punkt in der feinsten mit Aufnahme fand. — Trotz dieser gemeinen Angriffswiese ist es uns doch gelungen, einige Mitglieder aufzunehmen zu können. R. R.

Dresden. Im Mai d. J. sah sich der Ortsverband veranlaßt, an das Rgl. Amtsgericht den Antrag zu stellen, bei der Berufung

von Schöffen auch Arbeiter heranzuziehen und reichte gleichzeitig eine Liste von Kandidaten ein, welche gewillt und auch befähigt sind, als Schöffen zu fungieren. Es ist ja kein Geheimnis, daß bisher fast nur Mitglieder besser stuitierter Stände als Schöffen berufen wurden, und da auch die Berufsrichter fast nur aus diesem Stande hervorgehen, so war es auch kein Wunder, wenn bei den Verhandlungen, ohne daß der Richter dafür verantwortlich wäre, die Sache einseitig dargestellt und beurteilt wurde, andererseits aber dadurch das Vertrauen der breiten Volksschichten in die Rechtspflege erschüttert wurde. Diesem Uebelstand, so weit in unserer Macht stand, abzuhelfen, war der Zweck unserer Eingabe, auf die uns jetzt Antwort geworden ist, in der das Gericht mitteilt, daß es gern von unserem Antrage Gebrauch macht. Nach persönlicher Rücksprache sind denn auch vorläufig fünf unserer Kollegen bezeichnet, die in nächster Zeit als Schöffe berufen werden. Besonders hervorzuheben aber ist, daß das Schöffische Justizministerium jetzt eine allgemeine Verordnung erlassen hat, in der es u. A. heißt: „Es entspreche aber dem Geist des Verfassungskonzepts nicht, wenn weite Kreise der Bevölkerung, wie die kleinen Gewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter, von dem Ehrenamte eines Schöffen oder Geschworenen ganz oder fast ganz ausgeschlossen bleiben, zumal es diesen nicht an Personen fehle, die vermöge ihrer Urteilsfähigkeit, Lebensangewohnheit und sittlichen Lichthit allen Anforderungen für die Übernahme eines solchen Ehrenamtes entsprechen.“ Es wird weiter betont, daß das Vertrauen in der Bevölkerung nur gewinnen könne, wenn jene Kreise dazu mit herangezogen würden; es wird den beteiligten Richtern anheim gegeben, mehr als bisher bei Vornahme der Schöffen- und Geschworenenwahlen auch Personen aus der Volksmasse, die für diese Posten geeignet sind, zu berücksichtigen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß unsere Eingabe den Anstoß zu der sehr weittragenden Verordnung gegeben hat. Von der Übernahme eines Geschworenenamtes mußten wir leider noch absagen, da wir nicht in der Lage sind, die betreffenden Kollegen während der ganzen Schwurgerichtsperiode schadlos zu halten. — ng.

Duisburg. Das Alte stirbt, es ändern sich die Zeiten und neues Leben blüht aus den Ruinen. So können wir auch in Duisburg ausrufen, wenn wir dabei die Eingemeindungs-Angelegenheit von Ruhrort, Meiderich und Beed, die sich am 1. Oktober 1905 vollziehen hat, betrachten. Die drei vorgenannten Orte haben keine selbstständige Verwaltung mehr, es giebt jetzt nur ein großes Duisburg, das an Einwohnerzahl nicht weit hinter der Kanonenstadt Essen zurücksteht. Das Für und Wider dieser Einverleibung soll hier nicht erörtert werden. Für uns kam die Frage in Betracht, wie gestalten wird die beiden Ortsverbände Duisburg und Beed nach der Einverleibung. Die ortsverbände wirtschaftlichen Wahlen werden jetzt gemeinsam getätigt und kann eine große einheitliche Korporation bedeutend intensiver den Wahlsampf leiten. Diese Momente waren es auch, die den beiden Ortsverbänden die Veranlassung gaben, der Frage der Verschmelzung näher zu treten. Diefelbe wurde einheitlich beschlossen und haben auch wir nunmehr seit dem 1. Oktober nur einen Ortsverband Duisburg. Die Gewerbe- und Gewerkschaftswahl, die im Frühjahr nächsten Jahres stattfindet, wird Zeugnis davon ablegen, ob die neue Institution auch den Anforderungen gerecht werden kann. Ein von dem früheren Ortsverband Duisburg an die Stadtverwaltung gestellter Antrag, die Gewerbe- und Gewerkschaftswahl nach dem Proportionalwahlsystem tätigen zu lassen, gilt als gescheit. Die Mitgliederzahl in dem neuen Ortsverband beträgt jetzt annähernd 2000. Gleichzeitig mit der Verschmelzung wurde auch die Gründung eines Arbeitersekretariats erörtert. Die Frage der Nothwendigkeit einer dertartigen Institution ist wohl für alle Kollegen gelöst. Die Maschinenbauvereine haben sich durch die Anstellung eines Lokalbeamten eine unabhängige Kraft gesichert, die nicht allein die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu beobachten hat, sondern auch in den verschiedensten Arbeiterfragen, Unfall-, Invaliden- und Krankenkassenangelegenheiten Rath erteilen kann. Auch die Gewerksvereinskollegen der anderen Berufe hier am Ort, nehmen diese Hilfe in Anspruch. Die Zahl der Auskünfte steigert sich von Tag zu Tag, sodas die einzelnen Kollegen des Abends, in ihren freien Stunden, die schriftlichen Arbeiten mit erledigen. Für den Gewerksverein der Tischler scheint ja die Anstellung einer unabhängigen Kraft für den rheinischen Bezirk auch noch in weite Ferne gerückt zu sein. (Siehe darüber die „Eiche“ Nr. 45. Red. d. W.) Es dürfte deshalb die kleineren Ortsvereine aller anderen Berufe lebhaft diese Sekretariatsfrage interessieren. Es ist hierdurch möglich, einen Kollegen freizustellen, der sich auch dieser Ortsvereine annehmen kann, und auf der anderen Seite die Auskunftsstelle übernimmt. Auch in agitatorischer Hinsicht soll man keineswegs die Sekretariate unterschätzen, denn schon mancher unorganisierte Kollege ist der Organisation dadurch zugeführt worden. Die vom Ausbreitungsverband herauszugebende Zeitung macht aber auch die Schaffung einer Instanz nothwendig, die den Vertrieb der Zeitung, also die regelrechte Bestellung für den hiesigen Bezirk übermacht. Die Frage, betreffs Aufbringung der Mittel, ist ebenfalls nicht so schwierig. Wir wissen, daß ein großer Theil unserer Kollegen Abonnenten in den sogenannten Volksbureaus sind. Dort bezahlen dieselben im Jahr einen Abonnementbetrag von 1,25 M., Schriftsätze werden extra vergütet. Sollte es nun nicht lothiger richtig sein, den Betrag von 1,25 M. im Jahr zur Schaffung eines eigenen Sekretariats zu verwenden, was unserer Organisation dann auch gleichzeitig, wie bereits erwähnt, in agitatorischer Hinsicht mit unterstützen kann. Eine Ertragszahlung für Schriftsätze tritt selbstverständlich nicht ein. Die Zahl der Mitglieder des neuen Ortsverbandes beträgt 2000, und mit dieser Zahl muß es möglich sein, ein Sekretariat zu errichten. So sagte man u. a., denn die Verhältnisse werden uns mit elementarer Gewalt dazu zwingen. Die künftigen Wahlen machen ein intensives Eingreifen unsererseits zur Bedingung. Die Vorarbeiten sind aber keineswegs gering und müssen ebenfalls von einer Centrale geleitet werden. Auf der anderen Seite befinden wir uns in einer Region, wo durch Wort und Schrift noch Tausende von Arbeitern der Organisation zugeführt werden können. Die Abspaltung von Statistiken über die Verhältnisse in den Großbetrieben, um mit Hilfe derselben weitere Schritte vorzunehmen, ist eine dringende Nothwendigkeit und Aufgabe für den Arbeitersekretär. Den anderen Organisationen ist es möglich, selbstverständlich gestützt auf die Partei, mit der sie liebäugeln, ein Heer von unabhängigen Kräften zu schaffen. Wir als neutrale Organisation, frei von allem Parteiflügel, müssen und wollen es aus uns selbst erringen. Die Grundprinzipien unserer Organi-

Auf Antrag des Schriftführers wird beschlossen, für die streifenden, nichtzugerechneten Kollegen bei der Firma Rüsse-Stettin-Gradow 10 Mk. aus dem Streifensfonds zu bewilligen.

Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten folgt Schluß der Sitzung um 11 Uhr Abends

Die nächste Sitzung findet am 22. November, Nachm. 4 Uhr, bei Engelke statt.

NB. Die Ortsvereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit den Vorstandswahlen gleicher Zeit die Vertrauensmänner für unseren Ausbreitungsverband zu wählen sind und ersucht, die Adressen sofort an R. Piepfer, Stettin, Wolffstr. 11, einzureichen, damit keine Eindrungen in der Korrespondenz stattfinden. Gleicher Zeit werden die Vertrauensmänner ersucht, Berichte einzusenden.

Brandenburgisch-Kaufmännischer Ausbreitungsverband.

Protokoll von zwei außerordentlichen und einer ordentlichen Sitzung. In der Sitzung am 4. Oktober waren anwesend: B. Neugebauer, E. Keller, R. Krosch, sowie die Genossen P. Matthiasch und Chr. Wehrauch. Letzgenannte haben die Ämter als Beisitzer angenommen und zwar ersterer als II. Vorsitzender, letzterer als Revisor. Beide Herren werden vom Vorsitzenden durch Handschlag verpflichtet und in ihr Amt eingeführt. Die Umänderung der Statuten nach den Beschlüssen zu Frankfurt a. D. werden zur Durchberatung gebracht und sollen demnächst zum Druck kommen. Kollege Matthiasch soll baldmöglichst nach R. fahren, in welchem Orte er lange Jahre gearbeitet, um für Gründung eines O.V. der Stuhlarbeiter Boden zu gewinnen. In der Sitzung am 19. Oktober ist der gesammte Vorstand außer Matthiasch, der Krankheit halber fehlt, anwesend. Kollege C. Ulrich ist als Gast erschienen. Die eingegangenen Schreiben werden gelesen und besprochen. Kollegen Klemm wird Material zur Agitation überhandt werden und will dies der Vorsitzende besorgen. Einem weiteren Wunsch, betreffs eines Redners, soll entsprochen werden und der in Vorschlag gebrachte Kollege benachrichtigt werden. Die dem Verbands angehörenden Vereine sollen ersucht werden, in ihren Orten die statutenmäßige Neuwahl der Ausschüßmitglieder des Ausbreitungsverbandes vorzunehmen und das Resultat möglichst sofort einzusenden. Ein ausgearbeiteter Aufruf an die Ortsvereine der Provinz Brandenburg und der Kaufm. wird vorgelegt und nach kleinen Abänderungen genehmigt. Es sollen 500 Exemplare gedruckt werden. In der Sitzung am 12. November über: „Ausbreitungsverband und Zeitung“, in der vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Wollmit einzuberufenden Versammlung. Kollege Klemm will dazu auch die Genossen der Brudervereine am Orte einladen. Der Aufruf und die Statuten liegen im Druck vor und werden dieser Tage den Ortsvereinen überhandt. Spremberg i. E., 11. November 1905.

B. Neugebauer. E. Keller.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Gäste stets willkommen. — Sängerkorps der Deutschen Gewerksvereine (D.D.). Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 18. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Ausschüßwahl. Vortrag des Kollegen Herberg über Genossenschaftswesen. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 86a. Unterstützungsgesuch. Bericht von der Kombiniten. Vortrag des Herrn Dr. E. Stern: „Gewerbliche Krankheiten.“ Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Beyer, Teltowerstr. 3.

Vortrag des Lehrers Herrn Matthes: „Die Wissenschaft und das Volkswohl.“ Monatsbericht. Bericht von der Kombiniten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Ab. 8 Uhr, Triftstr. 41. Vortrag des Kollegen Dornblüth. Ausschüßwahl. Anmeldung zur Weihnachtsfeier. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Ab. 8 1/2 Uhr, Stettinerstr. 50. Vortrag. Bericht v. d. Kombiniten. Am 20. November Ausschüßwahl, Ewinemünderstr. 85. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr, Stalgerstr. 82-83, Generalversammlung. Protokoll. Monatsbericht. Vorstandswahl. Bericht v. d. Kombiniten und die neue Zeitung. Weisfangeangelegenheiten u. A. — Klempner und Metallarbeiter V. Ab. 9 Uhr bei Hedwig, Lintenstr. 72. — Graphische Verufe u. Maler I. Ab. 8 1/2 Uhr bei Felix Krause, Neue Grünstr. 28. Vortrag d. Herrn C. Melzer: „Eine Mittelmeerfahrt“ mit 120 Projektionsbildern. Berlin II u. III mit Damen sind freundlichst eingeladen. — Graphische Verufe u. Maler II. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich an dem von Berlin I veranstalteten Vortrag: „Eine Mittelmeerfahrt“, mit Projektionsbildern, teilzunehmen. Der Vortrag findet statt am 18. November, Ab. 8 1/2 Uhr, Neue Grünstr. 28. — Fabrik- und Handarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Frede, Fuhlfelderstr. 34. L.-D. da.

Friedrichsberg. Maschinenbau u. Metallarbeiter. Sonnabend, 18. November, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Bischoff, Frankfurter Allee 165. 1. Vorstandswahl. 2. Anmeldung zur Weihnachtsfeier. — Metzger, Klempner und Metallarbeiter. Sonnabend, 18. November, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Gröpler, Bergstr. 147. — Gera (Meckl.). Graph. Verufe u. Maler. Sonnabend, 25. November, Ab. 8 1/2 Uhr, im „Burgkeller“.

Orts- und Medizinerverbände.

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Brauer, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen). — Lauban (Ortsverband). Sonnabend, 18. November, Monatsberf. — Leuznern und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 19. November, Nachm. 3 Uhr im Gasthof zu Trebnitz (Egoldsches Lokal). L.-D.: 1. Vortrag des Kollegen Friedrich Lehne-Leipzig. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes. — Oldenburg (Ortsverband). Mittwoch, 22. November (Fuß- und Betttag), Nachm. 4 Uhr, bei Frohns, Oldenburg. L.-D.: 1. Bericht pro III. Quartal. 2. Bericht betr. das Sekretariat. 3. Verschiedenes.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Köln (Ortsverband). Karl Himmel, Schriftführer, Köln-Ehrenfeld, Benloerstr. 198 III. Duisburg (Ortsverband). Ernst Kaul, Vorsitzender, Duisburg, Rahnstr. 17; Weiler, Schriftführer, Duisburg, Hafenstr. 18; Emil Kaupach, Kassirer, Duisburg, Blücherstr. 54.

Literatur.

Brockhaus' Jubiläums-Geschenk an das deutsche Volk kann man das erste Seit des Kleinen Konversations-Lexikons nennen, das zur Feier des 100jährigen Bestehens der Firma Jacobs ausgegeben worden ist. Eine köstliche Festgabe, ein Meisterwerk in Text und Abbildungen und Karten, ein unentbehrlicher Hausgenosse für jeden Gebildeten. Es erscheint in 66 wöchentlichen Hefen zu dem geringen Preise von je 30 Pf., ist also jeder Börse erreichbar. Das erste Heft enthält 32 Seiten Text und 2 Seiten Triebbilder, ein reizendes Aquarell einer südwestafrikanischen Landschaft, eine Karte von Brandenburg und Sachsen, die — ein neuer Gedanke — auf der Rückseite Gebirge, Niederungen, Häuser und Kunstbauten des betreffenden Gebietes enthält, und eine Tafel mit Automobilen, vom alten Dampfwagen bis zu des Kaisers elegantem Toff-Toff. Wir können die Anschaffung des Wertes nur bestens empfehlen.

Anzeigen=Zheil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verlangen Sie kostenfrei Prospekt über **Handwerker-Lebens-Versicherung.** Tüchtige Vertreter werden allerorts angestellt. **Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart auf Gegenseitigkeit.**

„Württisches Volksblatt“
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Kapztpflicht, Cottbus in Liquidation.
Liquidations-Bilanz
am 24. Sept./8. Okt. 1905.
Aktiva Passiva
Kassen-Bestand . . . 15,60 Mk.
Forderungen an Genossen . . . 539,57 „
545,17 Mk.
Reservations-Konto . . . 105,00 Mk.
Darlehens- . . . 105,00 „
Zeitungs- . . . 160,00 „
div. Forderungen . . . 175,17 „
545,17 Mk.
Der Verein bestand am 1. Okt. 1904 aus 98 Genossen.
Neu hinzugegetreten im Laufe des Jahres 4 „
Bestand am 24. Sept./8. Okt. 1905 102 Genossen.
Die Kasssumme der Genossen beträgt 1040 Mk., da 2 Genossen je 2 Geschäftsanteile haben.
Cottbus, den 24. Sept./8. Oktober 1905.
Die Liquidatoren:
B. Raede. Paul Schulze.

Künstlerische Ausführung
Billigste Preise
Wereinsfahnen
Chärfen, Fahnenbänder, Vereinsabzeichen etc.
CARL NEFF'S Fahnenfabrik
KUNSTSTICKEREI
BIBERACH Württbg. Waldsee

Neuer großer Jung brachte großartig fettes delikates Ware.
Fracht u. Post frei jed. Stat. g. R. H. H.
Jah. 400 Salzherr.
echte zarte weißf. Norweg.
Fetter. Gr. M 12 A 1 1/2 & 6 1/2.
Ab. 80 & 3 A 100 Goldbäcker, 3 A ca. 70 Prater. 3 A 1 E. Degener her. Groß-Exposit Ewinemünde 04 Dstsee.

Radberg (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung im Betrage von 50 Pf. beim Kollegen Dölar Genat. Friedrichstr. 28, Lindenhof.
Neusalz a. Oder (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pf. beim A. Reimers, Friedrichstr. 36.

Fagen i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder des Gewerksvereins erhalten freies Abendbrod, Nachtlögis und Frühstück. Karten beim Genossen Hermann Samberg, Posthofstr. 18. (Arbeitsnachweis beifolgt.)
Wülheim (Nahr) (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung beim Kollegen Heinrich Roth, Charlottenstr. 86.